

Zeitschrift: Serie Ares : histoire militaire = Militärgeschichte
Herausgeber: Association suisse d'histoire et de sciences militaires
Band: 2 (2015)

Artikel: Die deutsche Armee - an der Heimatfront besiegt?
Autor: Epkenhans, Michael
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1043726>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Michael Epkenhans

Die deutsche Armee – an der Heimatfront besiegt?

Kaum etwas hat die politische Kultur der Weimarer Republik so vergiftet wie die Lüge – nicht die Legende, denn Legenden haben angeblich immer einen wahren Kern – vom «Dolchstoss».¹ Ruchlos, ja wie perfide Meuchelmörder, so suggerierten es weit verbreitete Plakate, zahllose Schriften und Zeitungsartikel, hätten vom Bolschewismus infizierte, feige Zivilisten den kämpfenden Soldaten von hinten in den Rücken gestochen. Das siegreiche, tapfere Heer sei damit dem Zusammenbruch geweiht, der mögliche Sieg vorsätzlich verspielt und das Reich in unendliches Elend gestürzt worden.

Die Spielarten dieser Lüge waren vielfältig, ihr Kern und ihre Zielrichtung jedoch immer dieselbe. Es ging darum, die alten Eliten, vor allem das Offizierskorps, zu rehabilitieren, deren Anspruch auf Rückkehr in alte Positionen zu legitimieren und der bestehenden republikanisch-demokratischen Ordnung den Garaus zu bereiten. Dazu war ihnen jedes Mittel recht. Es entbehrt nicht einer gewissen bitteren Ironie, dass ausgerechnet die Justiz, deren Reform die Sozialdemokraten unter Friedrich Ebert 1918/19 auch im Vertrauen auf deren Loyalität unterlassen hatte, sich später massgeblich am Festsetzen dieser Lüge beteiligte. Der Münchner Dolchstoss-Prozess, vor allem aber der Magdeburger Prozess gegen den Reichspräsidenten sind nur zwei Beispiele dafür. Jener stufte unter Hinweis auf das Verhalten der von Friedrich Ebert angeführten Sozialdemokratie während der Januarstreiks 1918 den Vorwurf des «Landesverrats» ausdrücklich als zutreffend und nicht als Beleidigung ein. Gleichermassen entbehrt es nicht der Ironie, dass ausgerechnet Friedrich Ebert dieser Lüge indirekt selbst Vorschub geleistet hatte. «Kein Feind hat Euch überwunden. Erst als die Übermacht der Gegner an Menschen und Material immer drückender wurde, haben wir den Kampf aufgegeben»,² hatte er am 10. Dezember 1918 den heimkehrenden Truppen beim feierlichen Empfang in Berlin zugerufen. Diese Formulierungen sind schnell in ein «im Felde unbesiegt» umgedeutet worden – mit fatalen Wirkungen. Doch waren diese Vorwürfe vom «Versagen» der Heimat tatsächlich gerechtfertigt? In welchem Zustand befand sich die Armee im Sommer/Herbst 1918? Wie sah es an der «Heimatfront» aus, und welchen Zusammenhang gab es zwischen dieser und der kämpfenden Truppe an der Front?

Einbrechende Fronten und die Flucht in eine letzte Offensive

Der Verlauf des Jahres 1917 an den Fronten wie auch an der Heimat hatte deutlich gemacht, dass das Reich mehr als ein weiteres Kriegsjahr kaum durchstehen würde.³ Dafür sprachen allein die gewaltigen Verluste, die die Armee seit Kriegsbeginn erlitten hatte: Ende 1917 betrug die Zahl der Gefallenen und Vermissten 1 309 844 Soldaten, die der Verwundeten und

Erkrankten 16 252 657 Soldaten. Selbst wenn ein Teil von diesen wieder gesund an die Front zurückkehrte, waren dies Verluste, die auf die Dauer kaum noch zu ersetzen waren. Umso mehr, als amerikanische Soldaten in grossem Umfange an der Westfront eintreffen und eingreifen würden. Gleiches galt für die Materiallage. Umgekehrt gab es nach dem Zusammenbruch Russlands zumindest temporär einen erheblichen Zuwachs an Truppen für die Westfront. Dass dennoch grosse Teile im Osten gebunden waren, um Ludendorffs Annexionspläne umzusetzen, und Hunderttausende Arbeiter im Zuge des Hindenburgprogramms aus der Front herausgezogen waren, um den Kameraden das zu liefern, was sie für die «Entscheidungsschlacht» brauchten, sei hier nur am Rande bemerkt.

Aber auch an der Heimatfront war inzwischen unübersehbar, dass diese zu «bröckeln» begann: Die Zahl der Streiks hatte sich seit 1916 fast verdreifacht, vor allem aber hatte sich die Versorgung mit Lebensmitteln und anderen Gütern des täglichen Bedarfs teilweise dramatisch verschlechtert. Bei Normalverbrauchern betrug der tägliche «Fehlbedarf» an Kalorien fast die Hälfte im Vergleich zu 1913, bei Schwer-, Berg- und Rüstungsarbeitern zwischen 25 und 35 Prozent. Hinzu kamen ein stetig wachsender Gegensatz zwischen Stadt und Land, wachsende Kriminalität und eine Verrohung der Sitten, wie es in manchen Berichten hiess. Auch die Enttäuschung nicht nur über den fehlenden Erfolg in einem vermeintlichen Verteidigungskrieg, sondern auch über ausgebliebene Reformen machte sich in verschiedenen Formen immer mehr «Luft». Die russischen Revolutionen vom Frühjahr und Herbst hatten die Unzufriedenheit weiter gesteigert. Es folgten die Massenstreiks vom Januar 1918 auf der einen Seite, aber auch die Forderung einflussreicher Intellektueller im Frühjahr 1918, die geplante Offensive, die ja kein Geheimnis war, zu unterlassen und stattdessen Möglichkeiten eines Kompromissfriedens zu eruieren. Dies waren deutliche Signale, dass grosse Teile der Bevölkerung die Grenzen ihrer Belastung erreicht hatten. Ebenso galt dies auch für Heer und Marine. In Letzterer war es bereits im Sommer 1917 zu ersten Meutereien gekommen. Anlass dazu war in erster Linie die Unzufriedenheit über die schlechte und ungerechte Behandlung durch die Offiziere gewesen, aber auch politische Forderungen waren zu hören gewesen. Die Hinrichtung zweier an den Meutereien beteiligten Matrosen schob die Lösung der Probleme lediglich auf. Der von Ludendorff eingeführte «vaterländische Unterricht» war eher ein Anlass für weitere Kritik als für einen verstärkten Schulterschluss der Soldaten mit der militärischen und politischen Führung. Die Notwendigkeit, Truppentransporte aus dem Osten zu bewachen, sowie erste Anzeichen von Disziplinlosigkeiten liessen erkennen, dass auch grosse Teile des Heeres einfach kriegsmüde waren.

Selbst die Armeeführung hatte zumindest zeitweise und unterschwellig Zweifel gehegt, ob es so noch weitergehen konnte. Ludendorffs Behaup-

tung vom Herbst 1917, dass, «wenn wir diesen Herbst durchhalten, [...] wir gewonnen [haben]»,⁴ wirkte nach den vorangegangenen blutigen Kämpfen wenig überzeugend. Auch wenn die wenigsten Armeeführer wie 1917 «wieder nur Abwehrschlachten schlagen [wollten], Materialschlachten, in denen wir zerschlagen werden»,⁵ standen sie trotz aller Argumente, die für einen Angriff und gegen ein weiteres Verharren in der Defensive sprachen, der von Ludendorff ins Auge gefassten grossen, die Entscheidung erzwingenden Offensive keineswegs ohne gewichtige Vorbehalte gegenüber. General von Kuhl, der mit zu den wichtigsten Planern der Offensive gehörte, war wenig optimistisch: «Wir werden», notierte er Anfang Februar 1918, «unser Möglichstes tun. Aber ich habe nun nicht viel Zutrauen zum Angriff, wenn wir nicht besonderes Glück haben. Es kommt», so fuhr er in fast prophetischer Weise fort, «zu einer Ausbauchung. Dann stecken wir in dem Gelände, das wir vor einem Jahr mühsam zerstört und aufgegeben haben. Schliesslich kommen die Amerikaner doch!»⁶ Diese Begründung – die Amerikaner kommen doch – wie auch die von beiden Seiten unternommenen bisherigen Offensiven an der Westfront liessen einen Erfolg daher von Anfang an mehr als unwahrscheinlich erscheinen.

Gleichwohl entschieden sich Reichsleitung und Heeresleitung im Frühjahr 1918 dennoch für eine militärische, nicht für eine Verhandlungslösung. «Nur Handeln bringt Erfolg», hiess es in Ludendorffs Antwort auf die Eingabe einflussreicher Intellektueller und Industrieller, einen Verhandlungsfrieden anzustreben. «Der Angriff ist noch immer die Fechtweise des Deutschen gewesen. Das deutsche Heer, das den Frieden genauso will wie die deutsche Heimat, freut sich der Aussicht, aus dem Stellungskrieg herauszukommen. Die Offensive wird nicht die Offensive des deutschen Generalstabes, sondern die Offensive des deutschen Heeres und so auch die des deutschen Volkes sein und darum, so Gott will, gelingen.»⁷

Gescheiterte letzte Offensive und sinkende Kampfmotivation

Die Offensive, die unter dem symbolisch bedeutsamen Namen «Michael» am 21. März 1918 begann, schien Ludendorff recht zu geben. In manchmal atemberaubender Weise brachen deutsche Truppen in englische Stellungen ein. Doch so gross die Euphorie sowohl bei den Fronttruppen als auch an der Heimatfront war, dass der von Hindenburg und Ludendorff angestrebte und auf den ersten Blick sogar mögliche Sieg auch den Frieden bringen würde, so wenig sollte sich diese Hoffnung erfüllen. Die Offensive scheiterte, und ebenso scheiterten die Offensiven, die die Oberste Heeresleitung in immer schnellerer Folge an der gesamten Westfront im Lauf des Frühjahrs und Sommers einleitete, um den Krieg doch noch militärisch und nicht am Verhandlungstisch zu entscheiden. Da nützte es

wenig, noch einmal bis an die Marne vorzustossen und mit weit reichenden Geschützen sogar Paris beschliessen zu können. Umso länger war dann der Rückzug in die Ausgangsstellungen und bald auch dahinter. Hinzu kam: Das, was die Truppen erobert hatten, war kaum zu verteidigen und erst recht nicht gegen einen personell, vor allem aber materiell immer stärkeren Gegner.

Darüber hinaus gilt: Die anfänglichen, ohnehin rein taktischen Erfolge waren in jeder Hinsicht teuer erkaufte: Lagen die deutschen Verluste bei «Michael» mit 240 000 Mann noch unter denen der Alliierten mit 255 000, so kehrten sich die Verhältnisse danach schnell um. Bei Amiens, am berühmten schwarzen Tag, waren es 30 000, davon bereits die Hälfte Gefangene, zu 8500 alliierten Soldaten. Das gesamte Westheer hatte im Juli und August 1918 allein 173 737 Gefallene und Vermisste zu beklagen, die Verluste der 2., 5. und 17. Armee an Gefallenen und Vermissten allein beliefen sich zwischen Mitte August und Mitte Oktober auf fast 75 000 Mann. Hinzu kam die wachsende Zahl von Erkrankungen – allein durch die spanische Grippe in Höhe von 919 278 in den Monaten Juli und August. Es war absehbar, dass diese Lücken immer weniger geschlossen werden konnten. Gleichermassen machte die steigende Zahl von Soldaten, die lieber in Gefangenschaft gingen als weiterzukämpfen, deutlich, dass das Heer nicht nur «krank», sondern tatsächlich kriegsmüde war. Die Zahl der Vermissten stieg stetig: Allein im August waren es 93 180, von denen ein Teil gefallen war, der grössere Teil hingegen sich einfach ergeben hatte. Wie viele Soldaten sich zugleich zu «drücken» begannen, ist nicht mit Sicherheit zu sagen. Schätzungen schwanken zwischen 100 000 und 750 000.

Die Oberste Heeresleitung betrieb daher, wie Kronprinz Rupprecht, aber auch andere bereits im Mai und Juni 1918 konstatierten, «Vogel-Strauss-Politik», das heisst, sie nahm die Realität nicht mehr wahr. Dabei waren nicht nur die Verluste deutliche Hinweise auf ein unvermeidliches Ende, auch die Berichte der Armeen, Divisionen und Regimenter liessen keinen Zweifel dran, dass eine Strategie zur rechtzeitigen Beendigung des Kriegs zwingend erforderlich war.

Was bedeutete dies konkret? Eine kaum beachtete, vom Heeresarchiv Anfang der 1930er-Jahre verfasste Ausarbeitung mit dem bezeichnenden Titel «Konnte das Heer noch weiterkämpfen?»⁸ gibt Aufschluss darüber. Uneingeschränkt kampffähig waren demnach nur noch 7 (!) Divisionen. Als «abwehrfähig» galten 40 Divisionen, als «bedingt abwehrfähig» weitere 43 Divisionen. «Abgekämpft» waren 91 Divisionen, und als «unbrauchbar und daher aufzulösen» galten 5 Divisionen. Diese Aufstellung kaschierte aber den tatsächlichen Zustand allenfalls notdürftig, denn «selbst unter den «abwehrfähigen» befanden sich ruhebedürftige und unter den «bedingt abwehrfähigen» auch solche mit höchst mangelhafter Kampfkraft. So hiess es im Kriegstagebuch der 220. Infanterie-Division ausdrücklich:

«Nur unter dem Zwange der Verhältnisse noch abwehrfähig an ruhiger Front.»

Die Ursachen für diesen Zustand sind schnell zu benennen. Als Beispiel sei der Bericht der 42. Infanterie-Division vom 31. Oktober 1918 angeführt: «Der Zustand des FeldA[rtillerie]R[egiments] 15 hat sich jedoch weiterhin verschlechtert. Die sehr hohe, ununterbrochene Feuertätigkeit bei Tag und besonders bei Nacht, der stets anstrengende Munitionersatz hat den geringen Mannschaftsstand, der durch blutige Verluste und Grippeerkrankungen weiterhin abgenommen hat, bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit angestrengt. Die Mannschaften des Regiments liegen seit dem 25. 8. ohne einen Ruhetag ununterbrochen im Freien. Offiziere und Mannschaften sind völlig verlaust. Die Pferde haben infolge der schwierigen Munitionierungsverhältnisse in Bezug auf ihren Kräftezustand ausserordentlich gelitten.»⁹

Systematisiert man die vorliegenden Berichte aus den Kriegstagebüchern, dann kristallisieren sich folgende Ursachen für diesen Zustand heraus: Fehlender Ersatz bei gleichzeitig stetig wachsender zahlenmässiger Überlegenheit des Gegners. Das, was an Ersatz bereitgestellt werden konnte, hatte, so hiess es, «geringe Qualität». Hinzu kamen mangelnder Schutz vor den Unbilden des Wetters, Grippe und andere Krankheiten, der Mangel an Schlaf und keine Aussicht auf Ablösung. «Teilweise sind die Leute zu müde, um Nahrung zu sich zu nehmen, die nur im Dunkeln vorgebracht werden kann.» Aber auch der chronische Offiziersmangel machte sich zunehmend bemerkbar. Doch nicht nur die Soldaten waren abgekämpft, auch «der treue Kampfgenosse des Menschen, das Pferd, litt, besonders bei der Artillerie, unter der schwierigen Ernährung, schlechten Pflege und dauernden Überanstrengung. Schränkt Beweglichkeit der Batterien ein. Hartfutter steht kaum noch zur Verfügung.» In der Rückschau führte daher selbst aus der Perspektive des Reichsarchivs kein Weg an der Erkenntnis vorbei, dass «die Offensive 1918, namentlich als sie unglücklich auslief, die letzte Moral der Truppe» zerstört habe. «Ablösung war unmöglich, und Menschen mit ungenügender Ernährung werden einmal erschöpft, und diese Erschöpfung ist erschreckend eingetreten.»

Die Folgen dieser Situation waren unvermeidlich: Im Juni wurden 28 Divisionen aufgelöst, im August mussten alle Divisionen, deren Bataillone nur noch Gefechtsstärken unter 650 Mann hatten, diese von vier auf drei reduzieren. Auch Feldartillerieregimenter wurden seit Oktober aufgelöst.

Umso mehr drängt sich die Frage auf, ob die spätere Behauptung, das Heer sei von hinten erdolcht worden, eine Bestätigung in den Berichten findet. «Im Ganzen aber», so das Reicharchiv, «gewinnt man doch den Eindruck, dass die Fronttruppen von dem Gifte der Propaganda nicht in erheblichem Umfange infiziert worden sind. Hauptsächlich war es der

Sammelt Brennessel!

Bester Ersatz für Baumwolle

Abnahme und Bezahlung erfolgt durch die Vertrauensmänner deren Adressen von den städtischen und ländlichen Behörden zu erfragen sind. Wo keine Vertrauensmänner sind, wende man sich an die unterzeichnete gemeinsame Kriegsgefangenenkomitee, die während des Krieges das alleinige Recht des Ankaufs und der Verwertung hat.

Von dieser sind auch **Wertblätter** die alles Wissenswerte über die Sammlung enthalten, kostenfrei zu beziehen.

Nesselfaser-Verwertungs-Gesellschaft m. b. H.
 Berlin SW 68, Schützenstr. 65/66. Fernruf: Zentrum 5958

Die Sammlung von Ersatzstoffen aller Art gehörte zum Wirtschaftskrieg hinter der Front. (Bundesarchiv)

Heimatersatz, der die Krankheitskeime in sich trug [...]. Gewiss sind Meutereien vorgekommen, sie blieben jedoch vereinzelt.» So hiess es im Bericht über die 4. Kompanie des Reserve-Infanterie-Regiments 271 vom 25. Oktober 1918 zwar, dass die Truppen sich geweigert hätten vorzugehen. Hauptmann B, «der mir diesen Vorfall meldete, beauftragte ich, persönlich mit den Leuten zu sprechen und sie zum Vorgehen zu veranlassen. Nach 3 Stunden meldete B., dass er es fertig bekommen hätte, die Leute zum Vorgehen zu bewegen. Unter anderem meldete B., dass die Leute, als die Offiziere vor die Front traten, Rufe ertönen liessen wie: Licht aus, Messer raus, haut ihn! Die Leute sind dann schliesslich alle vorgegangen und haben sich auch am 26.10. bei den schweren Angriffen auf Origny nach Aussagen der wenigen zurückgekehrten Offiziere und Unteroffiziere glänzend geschlagen.»

Der Weg zum Waffenstillstand und die Schuldzuweisung des Militärs an die Politik

Den Zusammenhalt der Fronttruppen zu beschreiben, auch wenn er noch so brüchig gewesen war, heisst freilich nicht, den Einfluss der sich wandelnden Stimmung in der Heimat auf diese kleinzureden oder gar zu negieren. Wie also war die Lage an der Heimatfront? Ein Beispiel für die Stimmung im Innern ist eine Notiz in der *Kriegschronik* der Stadt Münster aus dem Winter 1918. «Die Marmelade ist jetzt ausverkauft!», hatte ein «Störenfried», wie es hiess, zum Gelächter, aber auch zum Schrecken mancher, die darin ein Anzeichen einer drohenden Revolution sahen,



Die deutsche Armee erlitt im Jahre 1918 hohe Verluste, welche nach dem Scheitern der Frühjahresoffensive 1918 zu einem Dahinschmelzen der Mannschaftsbestände führte. (Bundesarchiv)

während der Feiern aus Anlass des Geburtstags des Kaisers am 27. Januar 1918 in Münster in die Festversammlung hineingerufen.¹⁰ Und unter dem 31. Januar 1918 notierte der Stadtarchivar, der die Münsteraner Kriegsschöpfung führte: «In den 31 Tagen des Monats sind aus dem ganzen rund 27 000 Morgen grossen Stadtgebiete mit 1 829 Hühnerhaltern insgesamt 17 (siebzehn) Eier bei der städtischen Sammelstelle, der Lagereiverwaltung, abgeliefert worden. Die übrigen Eier gehen unterhändig ab.»¹¹ Unzufriedenheit aufgrund von Versorgungsmängeln und daraus resultierende vielfältige Spannungen zwischen Stadt und Land, Wohlhabenderen, die die hohen Schwarzmarktpreise bezahlen konnten, und jenen, die dazu nicht in der Lage waren, waren jedoch nur ein Aspekt der sich abzeichnenden Krise im Innern. Aus Sicht von Reichsleitung und Oberster Heeresleitung viel bedenklicher war die politische Aufladung der Streiks, die, von Österreich ausgehend, Ende Januar 1918 die grossen Städte des Reiches und, vor allem, die Rüstungsbetriebe erfassten. Dabei wurde nicht nur, wie auch in den Jahren zuvor, eine bessere Versorgung gefordert. Erstmals erhoben die Streikenden, deren Zahl in die Hunderttausende ging, auch massive politische Forderungen: einen Frieden ohne Annexionen, das Selbstbestimmungsrecht der Völker, Beteiligung von Arbeitern bei den Friedensverhandlungen, Demokratisierung aller Staatseinrichtungen und die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Männer und Frauen in Preussen. Der Einfluss der russischen Oktoberrevolution war unverkennbar. Wie brisant die Lage war, macht nicht zuletzt die Tatsache deutlich, dass auch führende Mehrheitssozialdemokraten wie Friedrich Ebert, die bisher loyal zur Reichsleitung gestanden hatten und dies auch weiterhin tun wollten, sich gezwungen sahen, in die Streik-

komitees einzutreten, um die eigenen Anhänger zu beschwichtigen. Dass dieses Verhalten später als «Verrat» gedeutet werden sollte, gehört zu den bitteren Ironien der Geschichte des Ersten Weltkriegs.

So unübersehbar die Forderung nach einem baldigen Ende des Kriegs durch einen Kompromissfrieden war, so waren es auch die Stimmen jener, die aufgrund der augenscheinlich vorteilhaften Lage des Reiches für einen Siegfrieden plädierten. Dazu gehörten keineswegs nur bornierte Militärs, Alldeutsche oder die Anhänger der Vaterlandspartei, die sich aus verschiedenen Schichten rekrutierten. Nur wenige Wochen bevor die Metallarbeiter in Berlin zu Tausenden auf die Strasse gingen, notierte Harry Graf Kessler, der ein erstaunliches Gespür für das Einfangen von Stimmungen hatte, bei einem Besuch in Berlin in seinem Tagebuch: «Ich fand eine gegen früher auffallend veränderte Stimmung vor. Man schien von Siegesmöglichkeiten ganz berauscht. Propaganda würde nach dem Kriege kaum noch nötig sein, da wir jetzt Aussicht hätten, zu siegen, u. es dann gleichgültig sei, ob die Völker uns hassten oder liebten.»¹²

Wie weit verbreitet diese Stimmung am Ende war, ist schwer zu ermes- sen. Gleichwohl, es gab sie, genauso wie die trotz zahlreicher Bedenken vor allem bei den Linken auch sehr weit verbreitete Freude über den Frieden von Brest-Litovsk, einen nahezu «idealtypischen Diktatfrieden» (Jörn Leonhard). Die bolschewistische Regierung unterzeichnete diesen nach dem deutsch-österreichischen Eisenbahnvormarsch in die Weiten Russlands vom Februar/März 1918 und nach internen Auseinandersetzungen dann doch, um den Rücken zur Durchsetzung der eigenen Revolution im Innern frei zu haben. Aus der Perspektive der Befürworter auf deutscher Seite eröffneten sich damit Möglichkeiten, von denen viele bisher allenfalls zu träumen gewagt hatten. Wenn Hindenburg und Ludendorff daher im Frühjahr 1918 zum Schrecken selbst gemässigter Politiker im Reichstag nicht nur ihre Pläne hinsichtlich der Gründung eines grossen Ostimperiums skrupellos zu realisieren begannen, sondern auch unmissverständlich im Westen auf Sieg setzten, dann hatten sie durchaus einen grossen Teil der Öffentlichkeit, aber auch die Soldaten an der Front auf ihrer Seite. Auch ein hypertropher Siegfrieden beendete schliesslich den Krieg.

Umso grösser war daher der Schock im September 1918, als die Oberste Heeresleitung, bis dahin der Kern der «Siegfriedensbewegung», unter Hinweis auf den bevorstehenden Zusammenbruch aller Fronten eine schnelle Beendigung des Kriegs forderte. Dass die Frühjahrsoffensive nicht den erhofften grossen Erfolg gebracht hatte, war vielen Menschen durchaus klar, aber wie es wirklich aussah, wusste offenkundig kaum jemand. «Unsere militärische Lage ist in der Tat nicht gut», hiess es zwar in einem Brief von Vizekanzler von Payer an einen befreundeten Liberalen; der Abgesandte der Obersten Heeresleitung, der ihm die Lage an der Front geschildert hatte, sah von Payers Meinung nach aber «zu schwarz».¹³ Erst die Nach-

richten über das österreichische Ersuchen nach einem baldigen Frieden sowie weitere Berichte von Vertretern der Obersten Heeresleitung führten zu einer realistischeren Einschätzung der Lage. Wie gross der Schock war, machten die Reaktionen mancher Fraktionsführer deutlich, als die Oberste Heeresleitung sie am 2. Oktober nun offiziell über die Lage an der Front unterrichtete: Dessen Vortrag hinterliess bei Matthias Erzberger, dem wichtigsten Führer des Zentrums, «einen niederschmetternden Eindruck», der SPD-Vorsitzende Friedrich Ebert bekam offenkundig einen «Weinanfall», der Nationalliberale Gustav Stresemann einen Nervenzusammenbruch und der erzkonservative Ernst von Heydebrand und von der Lasa rief empört aus: «Wir sind belogen und betrogen worden!»¹⁴

Am Ende blieb ihnen jedoch nichts anderes übrig als, wie Ludendorff es formuliert hatte, «die Suppe auszulöffeln», auch wenn sie sich diese, anders als dieser wider besseres Wissen behauptete, nicht selber eingebrockt hatten. So verlockend es aus Sicht der Parlamentarier, zumal der sozialdemokratischen, gewesen wäre, sich nicht von der Obersten Heeresleitung, die nur mit Verachtung auf sie herabschaute, in die Pflicht nehmen zu lassen und diese stattdessen den Krieg auch beenden zu lassen, eine realistische Alternative war dies nicht. Hindenburg bezifferte die Zahl der Opfer, die der Krieg täglich kostete, auf 20 000. «Es heisst jetzt», so der Bericht eines bayerischen Gesandten nach München, «die Zähne zusammenzubeissen und zu retten, was noch zu retten ist.»¹⁵

Auch das Waffenstillstandsgesuch, das der neue Kanzler in der Nacht zum 4. Oktober an den amerikanischen Präsidenten Wilson sandte, entstand unter diesem Eindruck. Prinz Max hätte es allein aus taktischen Gründen vorgezogen, noch einmal ganz allgemein die deutschen Kriegsziele zu betonen, grosse Zugeständnisse anzudeuten, aber auch die Entschlossenheit zum Weiterkämpfen bei entehrenden Bedingungen zu unterstreichen. Die Oberste Heeresleitung und der Monarch selbst liessen aber keinen Zweifel daran aufkommen, dass sie diese Strategie angesichts der äusserst kritischen Lage für abwegig hielten. Stattdessen bat die neue Reichsleitung um den sofortigen Abschluss eines Waffenstillstands und einen Frieden auf der Grundlage jener 14 Punkte, die ihre Vorgänger zu Beginn des Jahres noch grossspurig abgelehnt hatten.

Alternativlos war auch die Parlamentarisierung des Reiches, die Prinz Max in seiner ersten Rede vor dem Reichstag am 5. Oktober 1918 ebenso ankündigte wie die Reform des preussischen Dreiklassenwahlrechts und eine liberalere Handhabung des Belagerungszustandes, der in den Jahren zuvor so viel Verbitterung hervorgerufen hatte.¹⁶

Erfolg war diesem Programm von Prinz Max von Baden, das das Vertrauen zwischen Regierung und Volk wiederherstellen sowie einen «ehrliche[n], dauernde[n] Frieden für die gesamte Menschheit» zur Folge haben sollte, keiner beschieden. Auf den Schock über die Aussichtslosigkeit an

der Front folgte die sich täglich beschleunigende Erosion im Innern. Die Unfähigkeit der Behörden, für Nahrung, Kleidung und Sicherheit zu sorgen, hatte deren Autorität und Legitimation in den Jahren des Kriegs stetig untergraben, ohne dass Ansätze erkennbar gewesen wären, hier abzuheilen. Die militärische Niederlage, die allem widersprach, was die staatliche Propaganda bis zuletzt verkündet hatte, gab ihr gleichsam den «Todesstoss». Das Glaubwürdigkeitsdefizit der alten Gewalten war nach den unerfüllten Hoffnungen, die viele mit dem «Burgfrieden» verbunden hatten, aber auch aus politischer Perspektive einfach zu gross. Ob diese wirklich bereit waren, die Macht dauerhaft abzugeben, war keineswegs ausgemacht. «Der Teufel hat das Parlament erfunden! Jeder Deutsche müsste Soldat sein und Ordre parieren, dann ginge alles!»,¹⁷ schrieb beispielsweise General Karl von Einem am Tag nach Ludendorffs Offenbarungseid an seine Frau. Derartige Denkmuster verschwanden nicht einfach, wie kleine und grosse Schikanen der militärischen Behörden bewiesen. Auch die Hinhaltenaktik der Konservativen in der preussischen Wahlrechtsfrage sowie die Langsamkeit, mit der der Reichstag die versprochenen Änderungen umsetzte – nach der Sitzung vom 5. Oktober vertagte er sich trotz der dramatischen Lage bis zum 22. Oktober –, waren nicht besonders vertrauenerweckend. Beide nährten vielmehr den Verdacht, die «Revolution von oben» sei letztlich genauso einfach umkehrbar, wie sie angeordnet worden war. Diese Sicht war zweifellos eine grobe Verzeichnung der Bereitschaft der bürgerlichen und der sozialdemokratischen Parteien, die inneren Reformen voranzutreiben; verständlich war sie gleichwohl. Vor allem aber: Je mehr der amerikanische Präsident deutlich machte, dass er einen wirklichen Systemwechsel wollte, und das hiess nicht nur eine Parlamentarisierung und Demokratisierung des Reiches, sondern das tatsächliche Verschwinden der alten Gewalten einschliesslich der Abdankung des Kaisers, umso mehr verhärtete sich der Widerstand. Damit einher ging ein Erstarken der Obersten Heeresleitung. Während diese Anfang Oktober den Waffenstillstand nicht schnell genug haben konnte, forderte sie nach dem Bekanntwerden von Wilsons Forderungen vom 23. Oktober in der letzten Oktoberwoche eine Wiederaufnahme der Kämpfe. Diese müsse unmöglich sein, hatte Wilson gefordert, die US-Regierung könne nur mit Vertretern des deutschen Volkes verhandeln, vor allem: «Wenn mit den militärischen Beherrschern und monarchistischen Autokraten Deutschlands jetzt verhandelt werden müsste, könnte Deutschland über keine Friedensbedingungen verhandeln, sondern müsste sich ergeben.» Aus der Sicht eines Sozialdemokraten wie Gustav Noske mochte die Note «für Deutschland gar nicht so schlecht» sein; «wenn der Kaiser ginge, würden wir einen ganz erträglichen Frieden bekommen».¹⁸ In der militärischen Führung zog man daraus jedoch ganz andere Schlussfolgerungen. Sollten, so hatte General Max von Gallwitz am 19. Oktober in seinem Tagebuch notiert, die 1,8 Mil-

lionen Toten «[a]lle nur gestorben sein, um das Vaterland in Schmach und Knechtschaft zu bringen?»¹⁹ Hindenburg und Ludendorff hatten sich offenkundig die gleiche Frage gestellt, schwenkten sie doch nun, wenige Wochen nach ihrem Drängen auf einen baldigen Waffenstillstand, überraschend erneut um: Die wider Erwarten erstaunliche Hartnäckigkeit, mit der die Fronttruppen sich wehrten, eröffnete ihrer Meinung nach die Möglichkeit, den Krieg noch lange hinzuziehen und damit die Alliierten unter Druck zu setzen. Bewusst oder unbewusst knüpfte die Oberste Heeresleitung bei ihrer Forderung an den zuvor bereits von Walther Rathenau, einem führenden Industriellen, ins Spiel gebrachten Gedanken der «*Levée en masse*» an.²⁰ Damit einher gingen skrupellose Versuche, die Verantwortung für die Waffenstillstandsforderung und deren absehbare Folgen auf die Politiker abzuwälzen. Diese erneute Einmischung in die Politik nach alter Manier machte deutlich, dass die Oberste Heeresleitung im Grunde weder bereit war, zu ihrer Verantwortung für das Debakel an der Front zu stehen, noch die Zügel wirklich aus der Hand geben wollte. Dieses Mal verkannte sie allerdings die Realitäten. Auf Druck des Kanzlers musste Ludendorff am 26. Oktober nach einer Audienz beim Kaiser abtreten. Für eine «*Levée en masse*» fehlte selbst nach Meinung des preussischen Kriegsministers jede Grundlage. Die anschließende Diskussion zwischen führenden Militärs, die empfahlen, «die Flinte nicht ins Korn zu werfen», wie auch die Überzeugung der Politiker aller Parteien, bei «entwürdigenden Bedingungen» weiterzukämpfen, entbehrte jeder realpolitischen und militärischen Grundlage. Noch während sie debattierten, erhielten sie die Nachricht vom unmittelbar bevorstehenden militärischen und politischen Zusammenbruch Österreich-Ungarns.²¹

Fest in der Hand hatte der Kanzler die Zügel auch nicht. Im Windschatten der Ereignisse an der Westfront hatte die Seekriegsleitung begonnen, eine letzte Operation vorzubereiten, die in eine Entscheidungsschlacht mit der *Grand Fleet* münden sollte. Allein Ludendorff, der sich davon eine «kräftige Ohrfeige» Wilsons für das Berliner Kabinett erhoffte, war darüber in groben Zügen informiert worden, nicht aber der Reichskanzler. Die Motive der Seekriegsleitung waren vielschichtig. Die Ehre der Offiziere, die anders als ihre Kameraden im Heer ihre Tapferkeit nur wenig hatten nachweisen können, der Wille, die Notwendigkeit einer Marine nach dem Zusammenbruch nachzuweisen sowie vielleicht doch noch einen kleinen Beitrag zur Entlastung der Westfront leisten zu können, spielten bei der Vorbereitung des Unternehmens zweifellos ebenso eine Rolle wie die Entschlossenheit, sich – Änderung der Verfassung hin oder her – der Politik keinesfalls zu beugen. Ob Scheer vielleicht sogar hoffte, damit den ganzen Parlamentarisierungs- und Demokratisierungsprozess oder auch die Friedensverhandlungen torpedieren zu können, sei dahingestellt. Die Seekriegsleitung mag dieses Risiko in Kauf genommen haben, aus-

schlaggebend waren, wie viele Zeugnisse belegen, eher die beiden ersten Motive.²²

Am 28. Oktober 1918, kaum zwei Tage, nachdem der Reichstag die Verfassungsänderungen abschliessend beraten hatte, und am gleichen Tag, als diese in Kraft traten, begann die Hochseeflotte, ihren Vorstoss vorzubereiten. Nach wenigen Stunden musste sie die Vorbereitungen jedoch abbrechen. Auf zahlreichen Einheiten weigerten sich die Matrosen auszulaufen und zogen das Feuer aus den Kesseln. Der bevorstehende Waffenstillstand und der Wille, nicht in letzter Minute sinnlos von Offizieren verheizt zu werden, die sie während des Kriegs oft unwürdig behandelt hatten, gaben hier den Ausschlag und nicht, wie in der Geschichtsschreibung der ehemaligen DDR oft behauptet, der Wille zur Revolution nach bolschewistischem Muster. Aus dieser Meuterei, die in Wilhelmshaven noch mit der Androhung von Gewalt hatte unterdrückt werden können, entwickelte sich innerhalb weniger Tage eine Revolution. Die Verlegung des III. Geschwaders von Wilhelmshaven nach Kiel und der Versuch, die Rädelsführer dort zu inhaftieren, löste aus Sorge vor wiederholten Hinrichtungen wie 1917 nicht nur eine Welle von Solidarisierungen mit den Matrosen aus, sondern förderte auch die Verbindung kriegsmüder Soldaten von Marine und Heer und Arbeiterschaft. Öffentlich forderten diese, die sich nun, um ihre Interessen besser vertreten zu können, in immer schnellerer Folge zu Arbeiter- und Soldatenräten zusammenschlossen, zunächst zwar nur grundlegende Änderungen des militärischen Systems, bald aber auch der ganzen politischen und gesellschaftlichen Ordnung. Vor allem aber forderten sie die Abdankung des Kaisers. Doch dieser zögerte, er hatte sich Ende Oktober ins Grosse Hauptquartier nach Spa zurückgezogen. Den Gedanken an Abdankung lehnte er brüsk ab. Aufhalten konnte er die «rote Flut», von der in den Jahren zuvor immer halb spöttisch, halb ängstlich die Rede gewesen war, nicht. Innerhalb weniger Tage purzelten die Kronen der meisten Bundesfürsten; am 9. November, nachdem die revolutionäre Welle auch Berlin erreicht hatte, verkündete sein eigener Kanzler schliesslich ohne Rücksprache mit ihm dessen Abdankung. Als ihm auch die eigenen Generale bei einer Besprechung in Spa angesichts der Aussichtslosigkeit eines Marsches zur Wiederherstellung der Ordnung im Reich die Gefolgschaft verweigerten, blieb Wilhelm II. nichts anderes übrig, als ins holländische Exil zu gehen. Als er dort eintraf, war aus der Monarchie bereits eine Republik geworden. Ein sozialdemokratischer «Volkskanzler», wie es hiess, Friedrich Ebert, hatte dort vom letzten kaiserlichen Kanzler, Prinz Max von Baden, in einem verfassungsmässig zweifellos fragwürdigen, gleichwohl politisch unvermeidlichen Akt die Macht und die Verantwortung für eine neue Ordnung und für die Herbeiführung eines Waffenstillstands mit einem anschliessenden Frieden übertragen bekommen. Um diese Aufgaben war er keineswegs zu beneiden. Im Innern sollten bald die Fronten zwi-



Die lügenhafte Dolchstoss-Legende wurde auch visuell dargestellt. (Ullstein Bild)

schen den verschiedenen Kräften aufbrechen. Ein Faktor, der zur Instabilität der neuen Republik beitragen sollte, war allerdings auch die Tatsache, dass die neuen Verantwortlichen sich bereit erklärten, den nach den Ereignissen unvermeidlichen Waffenstillstand zu unterzeichnen und es zugleich der Obersten Heeresleitung zu erlauben, sich geradezu feige aus der Verantwortung zu stehlen. Matthias Erzberger, der dies im Auftrag Eberts tat, sollte dafür mit seinem Leben bezahlen; Hindenburg sonnte sich hingegen bald ungebrochen im Glanz des grossen Feldherrn, der angeblich an der Spitze eines vor dem Siege stehenden Heeres von den «Novemberverbrechern» um den Erfolg gebracht worden war. Dies waren bittere Hypotheken für eine neue Ordnung. Am 11. November, 11 Uhr, als die Waffen schwiegen, waren gleichwohl zunächst alle froh, dass das Massensterben ein Ende hatte.

Wegbereitung und Geburt der Dolchstosslüge

Greift man noch einmal die Ausgangsfrage auf, dann ist festzuhalten, dass es zweifellos eine Wechselwirkung zwischen dem Geschehen an der Front und an der «Heimatfront» gegeben hat. Gespeist wurde diese durch Briefe aus der Heimat oder Berichte von Urlaubern über wachsende Not, Unzufriedenheit und unendliche Kriegsmüdigkeit. Dazu gehörten zweifellos auch Berichte über die beginnende Politisierung des Protests. Was dies konkret bedeutete, ist im Einzelnen schwer zu ermessen. Ausgewirkt auf die Stimmung hat sich dies jedoch eher beim sogenannten Heimat-

heer beziehungsweise der Etappe als bei den Fronttruppen. Gleichwohl, siegen konnten die noch vorhandenen und zum Kampf bereiten Truppen jedoch auch nach Meinung des Bearbeiters im Reichsarchiv nicht mehr. Weder physisch und psychisch noch von der materiellen Ausstattung her waren sie dazu in der Lage: Auch wenn der Bearbeiter im Reichsarchiv die «Angriffsinfanterie» der Alliierten für «minderwertig» hielt, hatte das Westheer deren «stark überlegener Artillerie und dem Masseneinsatz von Tankwagen» nichts entgegenzusetzen. «Unter solchen Umständen muss eine Fortsetzung des Kampfes auf unbestimmte Zeit als aussichtslos bezeichnet werden und hätte wohl nur zum heldischen Untergange, nicht aber mehr zur Wendung des Geschickes geführt. Dagegen würde ein Weiterkämpfen über den 11. November hinaus auf kurze Zeit und mit dem ausgesprochenen Zwecke, einigermaßen günstige Bedingungen zu erhalten, möglich gewesen sein. Voraussetzung dafür wäre allerdings gewesen, dass die Revolutionsregierung den Entschluss zum Weiterkämpfen sofort gefasst und diesen ihren Willen sowohl dem Heere wie den Feinden in deutlichster Weise zum Ausdruck gebracht hätte.»²³

So gross die Tendenz auch war, der Revolutionsregierung irgendeinen «schwarzen Peter» zuzuschieben, so unmissverständlich war diese Diagnose vom Zustand des Heeres. Sie hinderte die Verantwortlichen und ihre Apologeten jedoch nicht, bereits während des Kriegs einen Sündenbock zu suchen. Ludendorffs berühmt-berüchtigte Schuldzuweisungen vom September 1918 waren nur ein Teil einer Kampagne, die bereits während des Kriegs begonnen hatte. Ein Beispiel dafür sind die Auslassungen des Chefs der Abteilung IIIb des Generalstabs, Oberstleutnant Nicolai, von Ende Januar 1918 über die liberale *Frankfurter Zeitung*: «In letzter Zeit», so hiess es darin, «hat es sich die ›Frankfurter Zeitung‹ zur Aufgabe gemacht, in mehr oder weniger deutlicher Form ihre Leser davon zu überzeugen, dass der Krieg zu einem baldigen Verständigungsfrieden führen kann auch ohne weiteres Blutvergiessen. Die geistreiche, des logischen Aufbaues nicht entbehrende, geschickte und manchmal auch überzeugende Art, wie sie diese Gedanken in ihre Leitartikel verflacht, ist geeignet, auch beim Leser im Feldheer, der sein Urteil durch die im Kriege bedingten Verhältnisse oft nur auf derartigen einseitigen Unterlagen aufbauen kann, schwere Zweifel hervorzubringen, ob es überhaupt noch notwendig sei, Krieg zu führen, ob nicht jedes weitere Blutvergiessen überflüssig sei und ob er nicht seinem Vaterlande mehr nütze, wenn er sich Frau und Kindern erhalte? Das zersetzende Gift des Zweifels zerfrisst so nach und nach die Angriffslust, aber auch die Widerstandskraft, welches beides zu erschüttern bisher dem Feinde nicht gelungen ist. [...] Gesetzt den Fall, die ›Frankfurter Zeitung‹ hätte recht, die Offensive führt nicht zum Sieg, wie steht es dann, wenn der Feind zum Angriff schreitet? Ein Heer, dessen Denkart durch Gedanken, wie sie die ›Frankfurter Zeitung‹ bringt, beeinflusst ist, dessen

Angriffslust geschwunden ist, ist auch nicht mehr fähig, den drohenden Angriff von nie dagewesener Wucht und Grösse zurückzuschlagen. Wem gibt man dann die Schuld am Unglück? Nur dem Heerführer, der es nicht vermochte, den Geist seiner Truppen auf der Höhe einer kampffreudigen Stimmung zu erhalten.»²⁴

Das, was Nicolai hier notierte, gehörte bald zum Bodensatz einer anti-demokratischen, nationalistischen Rechten, die in der Schaffung einer Legende eine probate Erklärung der Niederlage sah, die sie selbst verschuldet hatte. Auf Sieg zu setzen, um überzogene Ziele zu erreichen, ohne die militärische, aber auch die politische, ökonomische und soziale Realität ausreichend zur Kenntnis zu nehmen und miteinander zu verrechnen, war an sich schon ein Vabanquespiel. Eine kaum zu vermeidende Niederlage aber wider besseres Wissen zu einem Mythos zu stilisieren, der den innenpolitischen Gegner diffamieren soll und der Demokratie, die dieser aufzubauen versuchte, den Boden zu entziehen, war schlichtweg ein Verbrechen.

- 1 Ausführlich: Barth, Boris, Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914–1933, Düsseldorf 2003.
- 2 Friedrich Ebert beim Einzug der Truppen in Berlin am 10. 12. 1918, zit. nach: Mühlhausen, Walter, Friedrich Ebert 1871–1925. Reichspräsident der Weimarer Republik, Bonn 2006, 136.
- 3 Kriegstagebuch General von Kuhl, 6. 10. 1917, BACh W 10/50 652. Beste Zusammenfassung der deutschen Pläne und Vorbereitungen von Storz, Dieter, «Aber was hätte anders geschehen sollen?». Die deutschen Offensiven an der Westfront 1918», in: Duppler, Jörg; Gross, Gerhard P. (Hg.), Kriegsende 1918. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung, München 1999, 51–95; Zabecki, David T., The German 1918 Offensives. A case study in the operational level of war, London 2006. Aus deutscher und alliierter Sicht umfassend: Stevenson, David, With our Backs to the Wall. Victory and Defeat in 1918, London 2011.
- 4 Kriegstagebuch General von Kuhl, 6. 10. 1917, BACh W 10/50 652.
- 5 Kriegstagebuch General von Kuhl, 6. 11. 1917, ebd.
- 6 Ebd., Eintragung vom 6. 2. 1918.
- 7 Zur Eingabe Friedrich Naumanns u. a. vom 11. 2. 1918 sowie Ludendorffs Antwort vom 22. 2. 1918 vgl. Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1919–1928, hrsg. im Auftrage des Reichstages von Walter Schücking u. a., 4. Reihe: Die Ursachen des Deutschen Zusammenbruches im Jahre 1918, Bd. 2, Berlin 1928, 90–93, hier: 136–139.
- 8 Ausarbeitung von Archivrat Dr. Cron, «Konnte das Heer noch weiterkämpfen?», BACh, W 10/52 095.
- 9 Ebd.
- 10 Kriegsschronik der Stadt Münster 1914/18, im Auftrage des Magistrats geführt von Dr. Eduard Schulte, Münster 1930, 318.
- 11 Ebd., 321.
- 12 Harry Graf Kessler, Eintrag vom 22. 12. 1917, zit. nach: Leonhard, Büchse der Pandora, 745.
- 13 Payer an Haussmann, 10. 9. 1918, zit. nach: Der Interfraktionelle Ausschuss 1917/18, bearb. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Bd. 2, Düsseldorf 1959, 491.
- 14 Zitate nach: Die Regierung des Prinzen Max von Baden, bearb. von Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1962, 44, Anm. 3.
- 15 Ritter von Wolf an die bayerische Regierung, 3. 10. 1918, ebd., 55.
- 16 www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k13_bsb00003418_00007.html (21. 4. 2014).
- 17 So Generaloberst von Einem an seine Frau, 30. 9. 1918, BACh Nachlass von Einem N 324/44; ähnlich General von Hutier in seinem Kriegstagebuch am 1. 10. 1918: «Also Parlamentarismus jetzt, wo es heissen müsste, die Zügel fester in die Hand zu nehmen!» Ebd., W 10/50 640.
- 18 Aufzeichnung von Oberst von Haeften über die Entstehung des Befehls an das Feldheer vom 24. Oktober, in: Die Regierung Max von Baden, 325.
- 19 Tagebucheintrag von General von Gallwitz vom 19. 10. 1918, zit. nach: Barth, Dolchstoßlegenden, 85f.
- 20 So Walther Rathenau in einem Artikel in der *Vossischen Zeitung* am 7. 10. 1918, vgl. Gall, Lothar, Walther Rathenau. Portrait einer Epoche, München 2009, 206f.
- 21 Vgl. hierzu das Protokoll der Sitzung des Kriegskabinetts vom 28. 10. 1918, in: Die Regierung Max von Baden, 397–411.
- 22 Gross, Gerhard P., «Eine Frage der Ehre? Die Marineführung und der letzte Flottenvorstoss 1918», in: Kriegsende 1918, 349–365.
- 23 Ausarbeitung von Archivrat Dr. Cron, «Konnte das Heer noch weiterkämpfen?», BACh, W 10/52 095.
- 24 Tagebucheintragung von Oberstleutnant Nicolai, 31. 1. 1918, in: Michael Epkenhans u. a. (Hg.), Oberstleutnant Walther Nicolai, Tagebücher, Kriegsbrieve und Aufzeichnungen 1914–1918, Paderborn 2015 (im Erscheinen).